

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Mai 1953

36/J

Anfrage

der Abg. Mark, Marianne Pollak, Strasser, Dr. Neugebauer und Genossen

an den Bundesminister für Unterricht,

betreffend Konstituierung des neugewählten Zentralausschusses.

---

Am 27. Jänner 1953 fanden die Wahlen der Organe der Österreichischen Hochschülerschaft statt. § 7 Abs. 1 des Hochschülerschaftsgesetzes (BGBl. Nr. 174/1950) und § 6 Abs. 1 der Hochschülerschaftswahlordnung (BGBl. Nr. 222/1950) setzen die Funktionsdauer der Ausschüsse der Hochschülerschaft für "zwei Jahre vom Beginn des auf die Wahl folgenden Semesters bis zum Amtsantritt der für die folgenden zwei Jahre gewählten Mandatäre" fest.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen hätte der Amtsantritt der neugewählten Ausschüsse daher bereits mit Beginn des Sommersemesters 1953 - das war an den meisten Hochschulen anfangs April - erfolgen müssen.

Eine Reihe der neugewählten Mandatäre - deren Zahl den diesbezüglichen geschäftsordnungsmässigen Bestimmungen der Hochschülerschaft entsprach - hat bereits mehrmals die Einberufung des Zentralausschusses gefordert.

Der derzeit noch die Geschäfte führende Vorsitzende des Zentralausschusses, Norbert Burda, dessen Funktionsperiode ebenfalls mit Beginn des Sommersemesters 1953 abgelaufen ist, lehnte diesen Antrag ab. Zur Begründung seines Standpunktes führte er an, dass noch nicht alle Hauptausschüsse die Konstituierung durchgeführt hätten. Hiezu ist zu bemerken, dass die Geschäftsordnung des Zentralausschusses für seine Beschlussfähigkeit das Erscheinen der Hälfte seiner Mitglieder, von denen acht Vorsitzende der Hauptausschüsse sein müssen, vorschreibt. (§ 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft.)

Dem neugewählten Zentralausschuss gehören insgesamt 30 Mitglieder an, davon 15 Zusatzmandatäre, die durch die zentrale Wahlkommission bereits von ihrer Wahl verständigt wurden und diese angenommen haben.

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Mai 1953

Weiters haben bereits mehr als 8 Hauptausschüsse ihre Konstituierung durchgeführt und ihre Vorsitzenden gewählt, sodass jederzeit der Zusammentritt eines beschlussfähigen Zentralausschusses möglich ist. Dass einzelne Hauptausschüsse ihre Konstituierung noch nicht durchgeführt haben, kann den Zusammentritt des Zentralausschusses nicht hindern, da ansonsten, im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen und zu den Vorschriften der Geschäftsordnung des Zentralausschusses, wenn die Konstituierung eines Hauptausschusses nicht stattfindet, dies den Zusammentritt des Zentralausschusses für seine gesamte Funktionsperiode verhindern würde.

§ 23 Abs. 2 des Hochschülerschaftsgesetzes (BGBl. Nr. 174/1950) unterstellt die Hochschülerschaft der Aufsicht des Bundesministeriums für Unterricht. Das Bundesministerium für Unterricht ist in erster Linie verpflichtet, für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Sorge zu tragen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dafür Sorge zu tragen, dass die angeführten gesetzlichen Bestimmungen von den geschäftsführenden Vorsitzenden der Österreichischen Hochschülerschaft eingehalten werden und dass der am 27. I. 1953 neugewählte Zentralausschuss ehestens zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen wird?

--- --